

Amtsblatt für die Stadt Rathenow

Jahrgang XXII

Rathenow, den 25.02.2022

Nr. 03

Inhaltsverzeichnis

Bekanntmachung der **Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rathenow vom 23.02.2022** Seite 11

Bekanntmachung der **Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rathenow und deren Ausschüsse (GeschO)** Seite 13

Bekanntmachung der **Richtlinie über die Verleihung des Ehrenbürgerrechts der Stadt Rathenow** Seite 24

Bekanntmachung der **Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen aus Anlass von besonderen Ereignissen in der Stadt Rathenow im Jahr 2022** Seite 26

STADT RATHENOW

-DER BÜRGERMEISTER-

**Beschlüsse der
Stadtverordnetenversammlung der Stadt
Rathenow vom 23.02.2022**

öffentlicher Teil

**004/22 Änderung der Geschäftsordnung für
die Stadtverordnetenversammlung der
Stadt Rathenow und deren Ausschüsse**

Beschluss: Die
Stadtverordnetenversammlung der Stadt
Rathenow beschließt die als Anlage beigefügte
Geschäftsordnung für die
Stadtverordnetenversammlung der Stadt
Rathenow und deren Ausschüsse.

**022/22 Berufung der Aufsichtsratsvertreter
für die KWR mbH**

Beschluss: Die
Stadtverordnetenversammlung der Stadt
Rathenow beruft in den Aufsichtsrat der
Kommunalen Wohnungsbaugesellschaft mbH
Rathenow folgende Vertreter:

1. Elfie Balzer (DIE LINKE)
2. Gabriele Zielke (CDU)
3. Jürgen Vogeler (SPD/Bündnis 90/Die
Grünen)
4. Ralf Maasch (AfD)
5. Klaus Reimann (FDP/Freie Wähler
Rathenow)

**109/21 Richtlinie zur Verleihung des
Ehrenbürgerrechts der Stadt Rathenow**

Beschluss: Die
Stadtverordnetenversammlung beschließt die
Richtlinie zur Verleihung des
Ehrenbürgerrechts der Stadt Rathenow gemäß
Anlage 1.

**130/21 Haushaltssatzung der Stadt
Rathenow für das Haushaltsjahr 2022**

Beschluss: Die
Stadtverordnetenversammlung der Stadt
Rathenow beschließt die Haushaltssatzung der
Stadt Rathenow für das Haushaltsjahr 2022.

**001/22 Ordnungsbehördliche Verordnung
über das Offenhalten von Verkaufsstellen
an Sonn- und Feiertagen aus Anlass von
besonderen Ereignissen in der Stadt
Rathenow im Jahr 2022**

Beschluss: Die
Stadtverordnetenversammlung der Stadt
Rathenow beschließt die Ordnungsbehördliche
Verordnung über das Offenhalten von
Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen aus
Anlass von besonderen Ereignissen in der
Stadt Rathenow im Jahr 2022.

**007/22 Erlass von
Sondernutzungsgebühren für
Außengastronomie**

Beschluss: Die
Stadtverordnetenversammlung der Stadt
Rathenow beschließt, Gebühren nach der
Gebührensatzung über die Sondernutzungen
an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen in
der Stadt Rathenow vom 05.12.2013 in der
Fassung der 1. Änderungssatzung vom
27.08.2020 für folgende, nach
Sondernutzungssatzung genehmigungsfähige
Sondernutzungen bis zum 31.12.2022 nicht zu
erheben, bzw. zu erstatten, sofern bereits
gezahlt wurde:

1. Außengastronomie,
2. Warenauslagen in direktem Bezug zu
Einzelhandelsgeschäften.

011/22 Neubau der Jederitzer Brücke

Beschluss: Die
Stadtverordnetenversammlung der Stadt
Rathenow beauftragt den Bürgermeister auf
Basis der Untersuchung von Dr. Rüdiger den
Neubau oder die Sanierung der Jederitzer
Brücke vorzubereiten und die notwendigen
Mittel für eine Machbarkeitsstudie mit dem
Haushaltsplan 2023 bereitzustellen.

020/22 Wiedereröffnung des Kreißsaales im Rathenower Krankenhaus

Beschluss: Die

Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rathenow beauftragt den Bürgermeister, gemeinsam mit dem Landrat des Landkreises Havelland als Gesellschafter der Havelland Kliniken, nach Möglichkeiten der Wiederherstellung eines vollständigen Angebots im Kreißsaal am Standort Rathenow zu suchen.

Des Weiteren soll mit dem Landrat auch über eine Finanzierung eines Geburtshauses gesprochen und dieses geprüft werden. Die Stadtverordneten sollen über die ergriffenen Maßnahmen regelmäßig informiert werden.

Der Vorsitzende des Hauptausschusses wird gebeten, zur kommenden Sitzung eine/n Vertreter/in der Havelland Kliniken Unternehmensgruppe (HKU) zu dieser Problematik einzuladen.

023/22 Schaffung von 3 orientierten Messstellen durch die Bundeswehr, zur Kontrolle evtl. Überschreitung von Immissionsgrenzwerten im öffentlichen Raum durch die Bundeswehr.

Beschluss: Der Bürgermeister wird beauftragt, die bei dem Gespräch mit den Mitgliedern des Deutschen Bundestages, Frau Dr. Sitte und Herrn Görke, gemachte Zusage zur Schaffung von 3 Messstellen (orientierte Schallpegelmessung) der Bundeswehr, in Rathenow West oder Göttlin, Grütz bzw. Rathenow/ Albertsheim bis Ende März 2022 abzustimmen und die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Die orientierte Schallpegelmessung sollte auf Grund hoher Übungsintensität auf dem TÜP Kletz im zweiten Halbjahr des Jahres 2022 stattfinden.

nichtöffentlicher Teil

014/22 Abschluss eines Vergleichs

010/22 Vergabe von entgeltlichen Begehungsscheinen für das Jagdjahr 2022/2023

015/22 Niederschlagung einer Gewerbesteuerforderung - Kassenzeichen 01000479-0001

016/22 Grundstücksverkauf Grünauer Fenn, Gemarkung Rathenow, Flur 46, Flurstück 84 tlv

017/22 Ausübung eines Vorkaufsrechtes, Gemarkung Rathenow, Flur 48, Flurstück 179 tlv

025/22 Ankauf Bahnhoffläche, Gemarkung Rathenow, Flur 34, Flurstück 325 und Flur 36, Flurstück 122

Alle Einwohner haben die Möglichkeit, während der Dienstzeiten in der Stadtverwaltung Rathenow, Berliner Straße 15, Zimmer 303 Einsicht in die Unterlagen der im öffentlichen Teil der Stadtverordnetenversammlung gefassten Beschlüsse zu nehmen.

G E S C H Ä F T S O R D N U N G

für die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rathenow und deren Ausschüsse (GeschO)

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rathenow hat aufgrund § 28 Abs. 2 Ziff. 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18.12.2007 (GVBl Teil I S. 286) in ihrer Sitzung am 23.02.2022 folgende Geschäftsordnung beschlossen:

Struktur

I. Stadtverordnetenversammlung

- § 1 Stadtverordnete
- § 2 Einberufung der Stadtverordnetenversammlung
- § 3 Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung, Anträge, Änderungsanträge
- § 4 Dringlichkeitsangelegenheiten
- § 5 Zuhörer
- § 6 Einwohnerfragestunde; Beteiligung von Betroffenen und Sachverständigen
- § 6a Bild- und Tonaufzeichnungen und -übertragungen
- § 7 Anfragen der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung
- § 8 Sitzungsablauf
- § 9 Behandlung der Tagesordnungspunkte, Unterbrechung und Vertagung
- § 10 Sitzungsleitung
- § 11 Persönliche Bemerkungen und Erklärungen
- § 12 Redeordnung
- § 13 Abstimmungen
- § 14 Wahlen
- § 15 Niederschriften
- § 16 Fraktionen
- § 17 Abweichungen von der Geschäftsordnung

II. Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung

- § 18

III. Hauptausschuss

- § 19

IV. Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften, Ortsteile

- § 20 Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften
- § 21 Ortsbeiräte und Ortsvorsteher (§§ 46,47 BbgKVerf)

V. Schlussbestimmungen

- § 22

I. Stadtverordnetenversammlung

§ 1

Stadtverordnete

(1) Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung (SVV) haben gemäß § 31 Abs. 1 BbgKVerf die ihnen aus der Mitgliedschaft in der Stadtverordnetenversammlung erwachsenen Pflichten zu erfüllen. Sie haben insbesondere an den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschüsse, denen sie angehören, teilzunehmen.

(2) Im Falle ihrer Verhinderung haben Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung vor der Sitzung den Vorsitzenden zu benachrichtigen. Bei Sitzungen der Ausschüsse ist zugleich ein Stellvertreter zu benachrichtigen.

§ 2

Einberufung der Stadtverordnetenversammlung

(1) Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung beruft die Sitzungen der SVV ein. § 34 Abs. 1 Satz 2 BbgKVerf bleibt unberührt. Die Ladung muss den Mitgliedern mindestens 7 volle Tage vor dem Sitzungstag, der Tag der Absendung nicht mitgerechnet, zugehen (regelmäßige Ladungsfrist). Die regelmäßige Ladungsfrist gilt als gewahrt, wenn die Ladungen am 9. Tag vor der Sitzung zur Post gegeben worden sind.

(2) In dringenden Angelegenheiten kann die Ladungsfrist auf einen vollen Tag vor dem Sitzungstag verkürzt werden (vereinfachte Einberufung). Die Ladungsfrist der vereinfachten Einberufung gilt als gewahrt, wenn die Ladungen am 3. Tag vor der Sitzung zur Post gegeben worden sind. Die Dringlichkeit ist in der Ladung zu begründen.

(3) Der schriftlichen Ladung sind außer der Tagesordnung etwaige Vorlagen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten beizufügen. Vorlagen können in begründeten Ausnahmefällen auch nachgereicht werden.

(4) Die Stadtverordnetenversammlung tagt grundsätzlich in Präsenzsitzung. Stadtverordnete können, abgesehen von der konstituierenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, auf begründeten Antrag an der Sitzung per Video teilnehmen, soweit dies technisch möglich ist. Ein begründeter Antrag liegt vor, wenn die/der Stadtverordnete die persönliche Teilnahme an der Sitzung aus den aus der Anlage 1 zu dieser Geschäftsordnung hervorgehenden Gründen nicht ermöglichen könnte. Der Antrag ist schriftlich oder elektronisch bis 3 Tage vor dem Sitzungstag, bei akuten Gründen oder bei Dringlichkeitssitzungen 24 Stunden vor Beginn der Sitzung, über den Sitzungsdienst beim Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung einzureichen.

§ 3

Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung, Anträge, Änderungsanträge

(1) Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung setzt gemäß § 35 Abs. 1 Satz 1 BbgKVerf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung im Benehmen mit dem hauptamtlichen Bürgermeister fest. In die Tagesordnung der nächsten Sitzung sind nach § 35 Abs. 1 Satz 2 BbgKVerf die Vorschläge von mindestens 10 v. H. der Stadtverordneten, einer Fraktion oder des Bürgermeisters aufzunehmen, wenn sie mindestens bis zum Ablauf des 3. Tages vor Beginn der Ladungsfrist nach § 1 Abs. 1 dem Vorsitzenden der SVV vorgelegt worden sind. Bei Nichteinhaltung der Frist sind die Vorschläge in die Tagesordnung der folgenden Sitzung aufzunehmen.

(2) Jede Fraktion sowie 10 v. H. der Mitglieder der SVV haben das Recht, Anträge zu Punkten der Tagesordnung zu stellen. Sie sollen eine Begründung enthalten und mindestens drei Arbeitstage vor der Sitzung der SVV schriftlich an den Vorsitzenden der SVV gestellt sein. Den Fraktionsvorsitzenden und dem Bürgermeister ist eine Kopie des Antragstextes zuzuleiten.

(3) Änderungsanträge und Vorschläge zu bestehenden Punkten der Tagesordnung können nach Eröffnung der Aussprache über den Beratungsgegenstand von jedem Stadtverordneten gestellt werden. Sie müssen einen konkreten Beschlussvorschlag enthalten und sind auf Verlangen des Vorsitzenden der SVV schriftlich nachzureichen.

§ 4 Dringlichkeitsangelegenheiten

(1) Angelegenheiten, die nicht auf der Tagesordnung stehen und die nicht in der vorgeschriebenen Form als Tagesordnungspunkt veröffentlicht werden konnten, dürfen nur dann behandelt werden, wenn sie keinen Aufschub dulden oder von erheblicher Dringlichkeit sind. Der Antragsteller hat die geltend gemachte Dringlichkeit zu begründen. Über die Dringlichkeit entscheidet die SVV. Wann im Einzelfall eine Angelegenheit keinen Aufschub duldet, ist danach zu beurteilen, ob die SVV nicht noch zu einem späteren Zeitpunkt über die Angelegenheit befinden kann.

(2) Dringlichkeitsanträge nach Abs. 1 können durch einzelne Mitglieder der SVV mit Unterstützung von drei weiteren Abgeordneten oder durch den Fraktionsvorsitzenden schriftlich zur Sitzung eingebracht werden. Bis zur Feststellung der Dringlichkeit ist eine Aussprache zur Sache nicht zulässig.

§ 5 Zuhörer

(1) An den ordentlichen Sitzungen der SVV können Zuhörer nach Maßgabe der vorhandenen Plätze teilnehmen.

(2) Zuhörer sind nicht berechtigt, das Wort zu ergreifen oder sich an den Beratungen zu beteiligen. Sie dürfen auch die Beratung nicht stören und keine Zeichen des Beifalls oder Missfallens geben. Zuhörer, welche die Ordnung stören, können vom Vorsitzenden der SVV aus dem Sitzungssaal gewiesen werden.

§ 6 Einwohnerfragestunde; Beteiligung von Betroffenen und Sachverständigen

(1) Die nach § 3 der Hauptsatzung der Stadt Rathenow und der Satzung über die Einzelheiten der förmlichen Einwohnerbeteiligung in der Stadt Rathenow (Einwohnerbeteiligungssatzung) in ihrer jeweils gültigen Fassung durchzuführende Einwohnerfragestunde findet zu Beginn der öffentlichen Sitzung der SVV statt. Die Einzelheiten sind in der Einwohnerbeteiligungssatzung näher geregelt.

(2) Beschließt die Stadtverordnetenversammlung, Einwohner, die vom Gegenstand der Beratung betroffen sind, oder Sachverständige zu hören, ist die Anhörung zu beenden, bevor Beratung und Abstimmung über den Gegenstand beginnen.

§ 6 a

Bild- und Tonaufzeichnungen und -übertragungen

(1) Die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung werden in Bild und Ton auf der Internetseite der Stadt Rathenow im Livestream übertragen und wiedergegeben sowie aufgezeichnet. Die Bild- und Tonaufzeichnungen der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung werden für einen Monat auf der Internetseite der Stadt Rathenow ausschließlich zur gleichzeitigen Übertragung und Wiedergabe (Streamen) zur Verfügung gestellt, ohne dass ein Download möglich ist. Die Aufnahme wird nach Ablauf eines Monats gelöscht.

(2) Die Kamera erfasst das stationäre Rednerpult, den Bereich der Sitzungsleitung mit dem Präsidium sowie die aktuell sprechenden Stadtverordneten bzw. Beschäftigten der Stadt Rathenow, sonstige Redeberechtigte sowie die Stadtverordneten. Die Audioübertragung erfasst nur die stationären Mikrofone des Rednerpults, des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschüsse, der Abgeordneten und des Bürgermeisters.

(3) Die Video- und Audioübertragung vom stationären Mikrofon der Einwohnerfragestunde ist nur mit ausdrücklicher, vor Beginn der diesbezüglichen Aufzeichnung und Übertragung durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung von der jeweils betroffenen Person einzuholenden Erlaubnis zulässig.

(4) Jede redeberechtigte und jede betroffene Person, mit Ausnahme der Stadtverordneten, kann jederzeit der Übertragung ihres oder seines Bildes und Wortes widersprechen und hier-für die Abschaltung der Übertragung verlangen.

(5) Während der öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung ist es der Presse, dem Rundfunk und ähnlichen Medien gestattet, Ton- und Bildaufzeichnungen vorzunehmen.

§ 7

Anfragen der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung

Anfragen der Stadtverordneten und Fraktionen an den hauptamtlichen Bürgermeister, die in der Sitzung der SVV beantwortet werden sollen, müssen schriftlich, kurz und sachlich abgefasst sein. Sie sind spätestens bis 8.00 Uhr des der Sitzung vorausgehenden Arbeitstages beim hauptamtlichen Bürgermeister einzureichen und werden in der Sitzung beantwortet. Der Anfragende kann eine Zusatzfrage stellen. Ist die Beantwortung wegen der Kürze der Zeit nicht möglich, ist die Anfrage in der folgenden Sitzung oder schriftlich zu beantworten.

§ 8

Sitzungsablauf

(1) Der Vorsitzende eröffnet, leitet und schließt die Sitzungen der SVV. In den Sitzungen handhabt er die Ordnung und übt das Hausrecht aus (§ 37 Abs. 1 BbgKVerf). Im Falle seiner Verhinderung treten seine Vertreter in der Reihenfolge ihrer Benennung als 1. oder 2. Vertreter an seine Stelle.

(2) Die Sitzungen der SVV sind grundsätzlich in folgender Reihenfolge durchzuführen:

- a) Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- b) Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung
- c) Bestätigung der Tagesordnung und / oder Änderungsanträge
- d) Bericht des Bürgermeisters aus dem Rathaus einschließlich der Beschlusskontrolle
- e) Einwohnerfragestunde
- f) Behandlung von Anfragen oder Anträgen
- g) Abwicklung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung
- h) Beschlussfassung über evtl. Einwendungen gegen die Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der letzten Sitzung
- i) Bericht des Bürgermeisters aus dem Rathaus einschließlich der Beschlusskontrolle
- j) Behandlung von Anfragen oder Anträgen

k) Abwicklung der Tagesordnungspunkte des nichtöffentlichen Teils der Sitzung

l) Schließung der Sitzung.

§ 9

Behandlung der Tagesordnungspunkte, Unterbrechung und Vertagung

(1) Der Vorsitzende kann die Sitzung der SVV unterbrechen. Auf Antrag von einem Drittel ihrer anwesenden Mitglieder oder einer Fraktion muss er die Sitzung unterbrechen. Bei einer weiteren Unterbrechung ist für den Antrag die Mehrheit der anwesenden Mitglieder der SVV erforderlich. Die Unterbrechung soll nicht länger als 15 Minuten dauern.

(2) Die Stadtverordnetenversammlung kann die Tagesordnungspunkte

a) durch die Entscheidung in der Sache abschließen

b) verweisen

oder

c) ihre Beratung vertagen.

(3) Über Anträge nach Abs. 1 ist sofort abzustimmen. Der Antrag auf Entscheidung in der Sache geht bei der Abstimmung dem Verweisungsantrag, dieser dem Vertagungsantrag vor. Wird einem Antrag stattgegeben, sind die bei der Antragstellung vorliegenden Wortmeldungen noch zuzulassen.

(4) Die Stadtverordnetenversammlung kann gemäß § 34 Abs. 5 der BbgKVerf mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder die Unterbrechung der Sitzung und deren Fortsetzung zur Behandlung der noch offenen Tagesordnungspunkte an einem anderen Termin beschließen (Fortsetzungssitzung). Der Beschluss muss Zeit und Ort der Fortsetzungssitzung bestimmen. Für die Fortsetzungssitzung erfolgt keine erneute Ladung.

§ 10

Redeordnung

(1) Reden darf nur, wer vom Vorsitzenden der SVV das Wort erhalten hat. Wortmeldungen erfolgen durch Handaufheben.

(2) Der Vorsitzende erteilt das Wort nach der Reihenfolge der Wortmeldungen, soweit nicht mit Zustimmung des Redeberechtigten hiervon abgewichen wird. Das Wort zur Geschäftsordnung ist jederzeit zu erteilen und darf sich nur auf den in der Beratung befindlichen Tagesordnungspunkt beziehen. Es darf dadurch kein Redner unterbrochen werden.

(3) Dem hauptamtlichen Bürgermeister ist auch außerhalb der Reihe der Wortmeldungen jederzeit das Wort zu erteilen.

(4) In der Sitzung der SVV hat sich jeder Sprecher bei seiner Rede zu erheben und an das Mikrophon zu treten, sofern dies vorhanden ist.

§ 11

Persönliche Bemerkungen und Erklärungen

(1) Persönliche Bemerkungen eines Mitgliedes der SVV dürfen nur persönliche Angriffe gegen ihn selbst zurückweisen oder eigene Ausführungen berichtigen. Ausführungen zur Sache dürfen sie nicht beinhalten.

(2) Bemerkungen, die mit der Aussprache in der laufenden Sitzung im Zusammenhang stehen, sind erst nach Beendigung der Aussprache gestattet.

(3) Zu einer persönlichen Bemerkung oder einer Erklärung, die nicht im Zusammenhang mit der Aussprache in der laufenden Tagesordnung steht, erteilt der Sitzungsleiter außerhalb der Tagesordnung das Wort. Entsprechende persönliche Bemerkungen oder Erklärungen sind unter Angabe des Gegenstandes beim Sitzungsleiter anzumelden.

§ 12

Sitzungsleitung

(1) Der Vorsitzende der SVV kann Redner, die vom Verhandlungsgegenstand abweichen, zur Sache rufen.

(2) Ist ein Stadtverordneter in einer Sitzung dreimal zur Sache gerufen worden, so muss ihm der Vorsitzende das Wort entziehen und darf es ihm in derselben Aussprache zum selben Gegenstand nicht wieder erteilen.

(3) Der Vorsitzende kann ein Mitglied der Stadtverordnetenversammlung zur Ordnung rufen, dessen Verhalten den ordnungsgemäßen Ablauf der Sitzung stört.

(4) Ist ein Stadtverordneter in einer Sitzung der SVV dreimal zur Ordnung gerufen worden, kann ihm der Vorsitzende für die Dauer der Sitzung das Wort entziehen oder ihn des Raumes verweisen.

§ 13

Abstimmungen

(1) Grundsätzlich wird offen durch Handzeichen abgestimmt. Auf Verlangen eines Fünftels der Mitglieder der SVV oder einer Fraktion ist namentlich abzustimmen. Auf Verlangen ist vor jeder Abstimmung der Antrag zu verlesen.

Bei der offenen Abstimmung stellt der Vorsitzende der SVV die Anzahl der Mitglieder fest, die

a) dem Antrag zustimmen

b) den Antrag ablehnen

c) sich der Stimme enthalten.

Wird das Abstimmungsergebnis sofort nach der Abstimmung angezweifelt, so muss die offene Abstimmung vor Behandlung des nächsten Tagesordnungspunktes wiederholt werden.

(2) Liegen zu dem Tagesordnungspunkt Änderungs- und Ergänzungsanträge vor, wird zuerst über den abgestimmt, der von dem Antrag der Sitzungsvorlage am weitesten abweicht.

Bei Änderungs- und Ergänzungsanträgen mit finanziellen Auswirkungen hat der den Vorrang, der Mehrausgaben oder Mindereinnahmen bewirkt. In Zweifelsfällen entscheidet der Vorsitzende der SVV.

(3) Auf einen mit Stimmenmehrheit angenommen Antrag ist über einzelne Teile der Vorlage bzw. des Antrages gesondert abzustimmen. Über die Vorlage bzw. den Antrag ist alsdann insgesamt zu beschließen.

(4) Anträge zur Geschäftsordnung haben jederzeit den Vorrang und müssen vor Sachanträgen erledigt werden.

§ 14 Wahlen

(1) Zur Vorbereitung und Durchführung von Wahlen ist aus der Mitte der SVV ein Wahlausschuss zu bilden, der sich aus je einem Vertreter aller Fraktionen zusammensetzt.

(2) Als Wahlzettel sind äußerlich gleiche Zettel zu verwenden. Werden keine Umschläge verwendet, so sind die Stimmzettel so zu falten, dass das Stimmverhalten von außen nicht erkennbar ist.

(3) Die Stimmzettel sind so vorzubereiten, dass sie nur noch mit einem Kreuz mit demselben Schreibgerät zu kennzeichnen sind. Bei weiterer Beschriftung, Gestaltung und fehlender Kennzeichnung des Stimmzettels ist die Stimme ungültig.

(4) Die Stimmabgabe hat in einer Wahlkabine oder räumlich so abgegrenzt zu erfolgen, dass das Wahlgeheimnis gewahrt ist.

(5) Der Vorsitzende der SVV gibt das Ergebnis der Wahl bekannt.

(6) Die Durchführung von geheimen Wahlen ist in den unter § 2 Abs. 4 genannten Sitzungen, welche nicht als reine Präsenzsitzungen abgehalten werden können, nicht zulässig. Geheime Wahlen erfolgen hier im Nachgang der jeweiligen Sitzung durch Briefwahlen. Hierzu werden den Stadtverordneten die Wahlunterlagen auf dem Postweg übersandt. Diese senden die Stimmzettel in dem ebenfalls übersandten, jeweils gleich aussehenden Briefumschlag, verschlossen an das Wahlbüro zurück. Dort werden die Wahlbriefe verschlossen gesondert aufbewahrt und zu dem in der Sitzung der SVV abzustimmenden Termin der Wahl- und Zählkommission zur Ermittlung des Wahlergebnisses übergeben. Bei erfolgten Briefwahlen teilt die/der Vorsitzende der Wahl- und Zählkommission der/dem Vorsitzenden der SVV das Auszählungsergebnis spätestens bis zur Einberufung der folgenden Sitzung der SVV mit, sodass dieses bekanntgegeben werden kann.

§ 15 Niederschriften

(1) Der Bürgermeister ist dafür verantwortlich, dass für die Niederschrift ein Protokollführer bestimmt wird.

(2) Die Niederschrift hat die wesentlichen Ergebnisse der Sitzung wiederzugeben. Die Sitzungsniederschrift muss enthalten:

a) Ort, Tag, Beginn und Ende der Sitzung

b) Namen der anwesenden und fehlenden Mitglieder der SVV

c) Namen der anwesenden Amtsleiter/leitenden Verwaltungsvertreter und die Anzahl weiterer Mitarbeiter

d) Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung

- e) Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - f) Tagesordnung
 - g) Anfragen und den wesentlichen Inhalt der Antworten auf Anfragen
 - h) Wortlaut der Anträge mit Namen der Antragsteller, den Wortlaut der Beschlüsse
 - i) Ergebnisse der Abstimmungen und Wahlen
 - j) bei namentlicher Abstimmung das Abstimmungsverhalten der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung
 - k) Ausschluss und Wiederherstellung der Öffentlichkeit
 - l) das Abstimmungsverhalten jedes Mitgliedes der Stadtverordnetenversammlung, das dies verlangt, und
 - m) die Namen der wegen Befangenheit an Beratung oder Entscheidung zu einzelnen Tagesordnungspunkten nicht mitwirkenden Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung.
- (3) Angelegenheiten, die in nichtöffentlicher Sitzung behandelt wurden, sind gesondert zu protokollieren.
- (4) Zur Erleichterung der Fertigung der Sitzungsniederschrift sind Tonaufzeichnungen der vollständigen Sitzung zulässig. Sie sind gemäß § 42 Abs. 2 Satz 4 BbgKVerf nach der darauf folgenden Sitzung bzw. nach Bestätigung der Niederschrift zu löschen.
- (5) Die Sitzungsniederschrift ist vom Vorsitzenden der SVV zu unterzeichnen. Sie ist innerhalb von 30 Tagen, spätestens zur nächsten Sitzung den Mitgliedern der SVV zuzuleiten.

§ 16 Fraktionen

Die Fraktionen müssen dem Vorsitzenden der SVV von ihrer Bildung schriftlich Kenntnis geben. Dabei ist auch mitzuteilen, wer zum Vorsitzenden der Fraktion bestellt worden ist. Der Zusammenschluss von Stadtverordneten wird mit der schriftlichen Mitteilung an den Vorsitzenden der SVV wirksam. Veränderungen sind dem Vorsitzenden stets mitzuteilen.

§ 17 Abweichungen von der Geschäftsordnung

- (1) Die Stadtverordnetenversammlung kann für den Einzelfall Abweichungen von der Geschäftsordnung mit der Mehrheit von zwei Drittel der Mitglieder der SVV beschließen, sofern die Kommunalverfassung dies zulässt.
- (2) Treten während einer Sitzung der SVV Zweifel über die Auslegung der Geschäftsordnung auf, entscheidet die SVV mit einfacher Mehrheit.

II. Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung

§ 18

(1) Für Geschäftsgang und Verfahren der von der SVV gemäß § 43 BbgKVerf gebildeten Ausschüsse gelten die Vorschriften des I. Abschnittes sinngemäß, soweit nicht in den folgenden Absätzen eine andere Regelung getroffen wird.

(2) Den Stadtverordneten, welche dem Fachausschuss nicht angehören, ist von der Einladung und Tagesordnung rechtzeitig Kenntnis zu geben.

Jeder Stadtverordnete kann an den Sitzungen der Ausschüsse, denen er nicht angehört, als Zuhörer teilnehmen.

(3) Die Niederschriften über die Sitzungen der Ausschüsse sind allen Mitgliedern der SVV zeitnah zur Verfügung zu stellen.

(4) Abweichend zu § 43 Abs. 5 Satz 3 KVerf schlägt die Fraktion den Ausschussvorsitzenden vor und die Stadtverordnetenversammlung bestätigt dies mit der Mehrheit der Mitglieder.

Ausschussvorsitzende können aus wichtigem Grund durch die Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung von ihrer Funktion entbunden werden. Das Vorschlagsrecht der Fraktionen bleibt davon unberührt.

III. Hauptausschuss

§ 19

(1) Für Geschäftsgang und Verfahren des Hauptausschusses gelten die Vorschriften des I. Abschnittes bis auf § 5 GeschO entsprechend.

(2) Der Hauptausschuss tritt nach Bedarf, mindestens jedoch alle 4 Monate zusammen. Die Ladungsfrist beträgt 7 Tage, in Ausnahmefällen 2 Tage.

(3) Einladung und Tagesordnung sind den übrigen Mitgliedern der SVV fristgerecht zur Verfügung zu stellen.

(4) Die Niederschriften über die Sitzung des Hauptausschusses werden allen Mitgliedern der SVV zeitnah zur Verfügung gestellt.

IV. Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften, Ortsteile

§ 20

Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften

Die Bestimmungen des I. Abschnittes sind sinngemäß auch auf solche Ausschüsse der Stadt anzuwenden, die auf besonderen Rechtsvorschriften beruhen, soweit diese Vorschriften nichts anderes bestimmen.

§ 21

Ortsbeiräte und Ortsvorsteher (§§ 46, 47 BbgKVerf)

(1) Der Ortsvorsteher beruft die Sitzungen des Ortsbeirates ein. Die Ladung muss den Mitgliedern mindestens 7 volle Tage vor dem Sitzungstag, der Tag der Absendung nicht mitgerechnet, zugehen (regelmäßige Ladungsfrist). Die regelmäßige Ladungsfrist gilt als gewahrt, wenn die Ladungen am 9. Tag vor der Sitzung zur Post gegeben worden sind.

(2) Der Ladung sind neben der Tagesordnung etwaige Vorlagen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten beizufügen; Vorlagen können in Ausnahmefällen auch nachgereicht werden.

(3) In dringenden Angelegenheiten, kann die Ladungsfrist auf einen vollen Tag vor dem Sitzungstag verkürzt werden (vereinfachte Einberufung). Die Dringlichkeit ist in der Einladung zu begründen.

(4) Der Ortsvorsteher setzt entsprechend § 35 Abs. 1 Satz 1 der BbgKVerf die Tagesordnung des Ortsbeirates im Benehmen mit dem hauptamtlichen Bürgermeister fest. In die Tagesordnung sind entsprechend § 35 Abs. 1 Satz 2 der BbgKVerf die Beratungsgegenstände aufzunehmen, die mindestens bis zum Ablauf des 3. Tages vor Beginn der Ladungsfrist

- a) von mindestens einem Mitglied des Ortsbeirates oder
- b) vom hauptamtlichen Bürgermeister

dem Ortsvorsteher benannt wurden. Die Benennung soll regelmäßig schriftlich erfolgen.

(5) Soweit es sich nicht um eine dringende Angelegenheit handelt, deren Behandlung bis zur darauf folgenden Sitzung aufgeschoben werden kann, sind die Vorschläge bei Nichteinhaltung der Frist in die Tagesordnung der darauf folgenden Sitzung aufzunehmen.

(6) Soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, finden auf das Verfahren der Ortsbeiräte im Übrigen die §§ 1, 5 sowie 7 – 15 dieser Geschäftsordnung entsprechende Anwendung.

(7) Jeder Ortsvorsteher ist zu allen öffentlichen oder nichtöffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse zu laden, in denen Gegenstände behandelt werden, die Belange seines Ortsteils berühren. Die Ortsvorsteher können über die Belange des von ihnen vertretenen Ortsteils sowie über ihre Tätigkeit jährlich in der Stadtverordnetenversammlung berichten.

V. Schlussbestimmungen

§ 22

Die Geschäftsordnung tritt am Tage nach der Beschlussfassung durch die SVV in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rathenow vom 04.09.2014 mit den Änderungen vom 25.02.2016 außer Kraft.

Rathenow, den 24.02.2022

gez. Corrado Gursch
Vorsitzender der
Stadtverordnetenversammlung

Antrag auf Sitzungsteilnahme per Video

Hiermit beantrage ich die Teilnahme per Video an der

Sitzung am: _____

- der Stadtverordnetenversammlung
- des Hauptausschusses
- des Ausschusses für _____

Die persönliche Teilnahme an der o. g. Sitzung ist mir aus folgendem Grund nicht möglich:

- 1. Berufliche Gründe:**
 - Kollision von Arbeits-/Dienstzeiten und Sitzungszeit
 - Abwesenheit aufgrund Dienstreise
 - Auswärtige Ausbildung/Studium
- 2. Familiäre Gründe:**
 - Betreuung eines erkrankten Kindes, anderweitige Betreuung nicht möglich
 - Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger, anderweitige Betreuung nicht möglich
- 3. Gesundheitliche Gründe:**
 - Akute Erkrankung
 - Häusliche Quarantäne
 - Reha-Aufenthalt
- 4. Vergleichbare Gründe:**
 - Elternzeit/Mutterschutz

Ich versichere, dass die Teilnahme per Video technisch möglich ist. Mir ist bekannt, dass ich selbst für die Erfüllung der erforderlichen technischen Voraussetzungen verantwortlich bin.

Ort, Datum

Name, Vorname
Antragsteller/in

Unterschrift Antragsteller/in

Wird von der/dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung ausgefüllt.

- geprüft und genehmigt
- geprüft und abgelehnt

Ort, Datum

Unterschrift Vorsitzende/r
SVV

Richtlinie über die Verleihung des Ehrenbürgerrechts der Stadt Rathenow

Auf der Grundlage des § 3 i.V.m. § 26 der brandenburgischen Kommunalverfassung (BbgKVerf) in der aktuellen Fassung hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rathenow am 23.02.2022 folgende Richtlinie über die Verleihung des Ehrenbürgerrechts der Stadt Rathenow erlassen.

§ 1 Ehrenbürgerrecht

- (1) Das Ehrenbürgerrecht ist die höchste Auszeichnung, die die Stadt Rathenow an Personen verleihen kann. Damit wird eine Persönlichkeit geehrt, die sich durch ihre Arbeit oder ihr langjähriges Wirken um die Stadt Rathenow in hervorragender Weise verdient gemacht hat.
- (2) Die Verdienste können insbesondere auf kulturellem, wissenschaftlichem, politischem, sozialem, humanitärem oder karitativem Gebiet liegen. Die Verdienste sollen einen Bezug zur Stadt Rathenow haben. Sie können aber auch darauf beruhen, dass jemand durch die öffentliche Anerkennung, die sie/ er außerhalb der Stadt Rathenow z.B. Sportlerinnen/ Sportler oder Politikerinnen/ Politiker, erworben hat, Rathenow bekannt gemacht und hierdurch ihrem Ansehen gedient hat.

§ 2 Vorschlagsrecht

- (1) Vorschlagsberechtigte sind:
 - Einwohnerinnen/ Einwohner der Stadt Rathenow ab 14 Jahre,
 - Verbände oder Vereine der Stadt Rathenow,
 - Bürgermeisterin/ Bürgermeister und/ oder
 - eine Fraktion der Stadtverordnetenversammlung.
- (2) Vorschläge für die Verleihung des Ehrenbürgerrechts sind bei der Bürgermeisterin/ beim Bürgermeister oder der/ dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung von Fraktionen, die zusammen mindestens zwei Drittel der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung repräsentieren, schriftlich mit ausführlicher Begründung einzureichen.
- (3) Die Verleihung an verstorbene Persönlichkeiten setzt gem. § 26 Abs. 1 BbgKVerf voraus, dass die Berechtigten ihr Einverständnis erklären.

§ 3 Beschluss

- (1) Die Vorschläge werden dem Hauptausschuss zur Beratung in nichtöffentlicher Sitzung vorgelegt.
- (2) Über die Verleihung des Ehrenbürgerrechts beschließt die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rathenow mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder in nichtöffentlicher Sitzung.
- (3) Eine Ablehnung des Antrages bedarf keiner Begründung.

§ 4 Form der Verleihung

- (1) Über die Verleihung des Ehrenbürgerrechts wird von der Bürgermeisterin/ vom Bürgermeister eine von ihr/ ihm und der/ dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung unterschriebene Ehrenurkunde ausgestellt.
- (2) Die Verleihung des Ehrenbürgerrechts erfolgt in feierlicher Form durch die Bürgermeisterin/ den Bürgermeister. Sie besteht aus der Laudatio, der Übergabe der Verleihungsurkunde und der Eintragung in das Ehrenbuch der Stadt Rathenow.
- (3) Die Verleihung findet anlässlich eines Feiertages, eines persönlichen Ehrentages der auszuzeichnenden Person oder eines anderen würdigen Anlasses statt.
- (4) Die Ehrung wird in den lokalen Medien bekannt gemacht.

§ 5 Rechte der Ehrenbürgerinnen/ Ehrenbürger

- (1) Folgende Rechte stehen den Ehrenbürgerinnen/ Ehrenbürgern der Stadt Rathenow zu:
 - Bezeichnung als Ehrenbürgerin/ Ehrenbürger,
 - Die Ehrenbürgerinnen/ Ehrenbürger werden in die Ehrengästeliste aufgenommen und erhalten eine Einladung zu allen offiziellen städtischen Veranstaltungen.
 - Die Ehrenbürgerinnen/ Ehrenbürger erhalten auf Lebenszeit jährlich anlässlich ihres Geburtstages ein Präsent im Wert von 100 Euro von der Stadt Rathenow. Dazu gehören Veranstaltungstickets, Eintrittskarten und Geschenkgutscheine für die Gastronomie oder den Einzelhandel. Bei der Auswahl sind die persönlichen Interessen der Person zu berücksichtigen.
 - Soweit die Ehrenbürgerinnen/ Ehrenbürger auf einem von der Stadt Rathenow betriebenen Friedhof beigesetzt werden, übernimmt die Stadt Rathenow entsprechend der Friedhofsgebührensatzung die Kosten der Bestattung, der Nutzung der Trauerhalle und die dauerhafte Pflege des Grabes. Sofern die Beisetzung in einem Gemeinschaftsgrab erfolgt, gilt die jeweilige Ruhefrist. Der Name jeder Ehrenbürgerin/ jedes Ehrenbürgers wird zusätzlich zeitnah nach deren Versterben an einer Stelle auf dem Ehrenhain des städtischen Friedhofes angebracht.

§ 6 Entziehung des Ehrenbürgerrechts

Für die Entziehung des Ehrenbürgerrechts gelten die Regelungen der §§ 1 bis 3 entsprechend. Die betroffene Person oder im Falle verstorbener Persönlichkeiten die Berechtigten haben die Ehrenurkunde zurückzugeben.

Rathenow, den 24.02.2022

gez. Ronald Seeger
Bürgermeister

Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen aus Anlass von besonderen Ereignissen in der Stadt Rathenow im Jahr 2022

Aufgrund des § 5 Abs. 1 des Brandenburgischen Ladenöffnungsgesetzes (BbgLöG) vom 27.11.2006, zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. April 2017, wird vom Bürgermeister der Stadt Rathenow als örtliche Ordnungsbehörde gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rathenow vom 23.02.2022 folgende Ordnungsbehördliche Verordnung erlassen:

§ 1 Verkaufsoffene Sonntage

1. An folgenden Sonntagen dürfen, abweichend von § 3 Abs. 2 Nr. 1 BbgLöG, Verkaufsstellen im Sinne des § 1 BbgLöG, welche sich in dem in der **Anlage** gekennzeichneten Gebiet befinden, in der Zeit von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr öffnen:

10.04.2022	anlässlich des Rathenower Frühlingsfestes
04.09.2022	anlässlich des Rathenower Stadtfestes
16.10.2022	anlässlich des Rathenower Weinfestes
04.12.2022	anlässlich des Weihnachtsmarktes auf dem Märkischen Platz
11.12.2022	anlässlich des Weihnachtsmarktes auf dem Märkischen Platz

§ 2 Arbeitnehmerschutz

Bei der Beschäftigung von Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern auf Grund dieser Verordnung sind die Bestimmungen des § 10 BbgLöG, das Arbeitszeitgesetz, der Manteltarifvertrag für die Arbeitnehmer im Einzelhandel, das Jugendarbeitsschutzgesetz und das Mutterschutzgesetz zu beachten.

§ 3 Inkrafttreten

Die Ordnungsbehördliche Verordnung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Sie tritt am 31. Dezember 2022 außer Kraft.

Rathenow, den 24.02.2022

gez. Ronald Seeger
Bürgermeister

**Anlage
zur Ordnungsbehörd-
lichen Verordnung**

